



POSITIONSPAPIER GEGEN ANTISEMITISMUS UND ZUR FÖRDERUNG DES JÜDISCHEN LEBENS

DIE BILDER, DIE UNS IN DIESEN TAGEN AUS ISRAEL ERREICHEN UND DIE BERICHTS ÜBER DIE GRÄUELSTATEN, DIE DIE TERRORORGANISATION HAMAS AN JÜDINNEN UND JUDEN IN ISRAEL VERÜBT HAT, SIND SCHOCKIEREND UND ZUTIEFST ERSCHÜTTERND.

Wir stehen fest und in voller Solidarität an der Seite Israels und sind in Gedanken bei allen Opfern und insbesondere den Geiseln und ihren Familien, bei denen die Hoffnung bleibt, dass sie zeitnah in Sicherheit gebracht werden können.

Die feigen Terrorangriffe der Hamas haben auch Auswirkungen auf Hessen: Hass und Hetze richten sich gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, deren Sicherheit bedroht ist. Insbesondere Formen des israelbezogenen Antisemitismus zeigen sich brutal in sozialen Netzwerken und auf unseren Straßen.

Für die Sicherheit unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und die Bekämpfung von Antisemitismus schlagen wir Freie Demokraten folgende ressortübergreifend umzusetzende Maßnahmen vor:

Bildungsarbeit stärken

Wir fordern eine „Null-Toleranz-Strategie“ mit Blick auf Antisemitismus auf hessischen Schulhöfen. Bestehende Meldestrukturen müssen verbessert und eine Dunkelfeldstudie zu Antisemitismus an hessischen Schulen durchgeführt werden.

Fortbildungen von Lehrkräften müssen verstärkt werden, auch um unterschiedliche Formen von Antisemitismus zu erkennen. Ein Schwerpunkt soll dabei auf israelbezogenem Antisemitismus sowie der Geschichte des Staates Israel und des Nahostkonflikts liegen.

Freie
Demokraten



Fraktion im
Hessischen Landtag

FDP



Durch den Ausbau des Projekts „**Netzwerkslotsen**“ muss perspektivisch ein Netzwerklotse **an jeder hessischen Schule** etabliert werden. Sozialarbeiter, Schulpsychologen und Schulseelsorger werden bei der Netzwerksarbeit intensiv miteinbezogen.

Schülerinnen und Schüler sollen in der Schule stärker **über Antisemitismus aufgeklärt und insbesondere mit Blick auf chiffrierten Antisemitismus sensibilisiert werden**. Hierzu müssen auch die hessischen Kerncurricula sowie Lehr- und Lernmaterialien anhand des Themenbereichs Antisemitismus analysiert und überarbeitet werden. Um Jugendliche für antisemitische Codes in Medien, insbesondere sozialen Medien, zu sensibilisieren, muss die Medienkompetenz geschult und Digital Streetwork ausgebaut und gefördert werden.

Sicheres Leben in Deutschland garantieren

Wir wollen **Sicherheitsbehörden noch stärker sensibilisieren** und die taktische Einschätzung, insbesondere im Kontext von Demonstrationen, verbessern.

Schutzmaßnahmen vor Synagogen und Einrichtungen mit Bezug zum Judentum in Hessen müssen fortlaufend überprüft und angepasst werden.

Es braucht ausreichend **Fortbildungen für Polizeibeamtinnen und -beamte sowie Verfassungsschutzmitarbeiterinnen und -mitarbeiter** speziell zur Erfassung des antisemitischen Gehalts von Aussagen bzw. Aktionen, besonders auch mit Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt.

Die mit **Sicherheitsfragen befassten Akteure** müssen eng vernetzt und Kooperationsformate wie Runde Tische zu spezifischen sicherheitsrelevanten Fragestellungen, etwa dem Schutz jüdischer Einrichtungen, weiter ausgebaut werden.

Es braucht die **Durchführung einer Fallstudie zum Dunkelfeld antisemitisch motivierter Kriminalität** sowie eine unabhängige Evaluierung des PMK-Erfassungssystems mit einer Überprüfung der theoretischen Grundlagen. In den jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht des Landes Hessen ist ein **gesondertes Kapitel über Antisemitismus** in die Berichtsteile zu allen Extremismus-Bereichen aufzunehmen und dort die statistischen Angaben zu Straftaten gesondert auszuweisen.

Melde- und Informationsstellen zur Erfassung von antisemitischen Übergriffen, Vorfällen oder Straftaten sollten weiter ausgebaut und gefördert werden.



Gesellschaftlichen und politischen Zusammenhalt fördern

Eine wichtige Rolle im Kampf gegen Antisemitismus kommt dem **Beauftragten der hessischen Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen den Antisemitismus** zu. Seine Funktion und insbesondere die ihm zugestandenen Kompetenzen und die Ausstattung wollen wir in Zukunft weiter stärken.

Wir wollen eine **fraktionsübergreifende Parlamentariergruppe** gründen, die sich mit Fragen rund um das Thema Antisemitismus beschäftigt und dazu in regelmäßigen Abständen einen Bericht veröffentlicht, der jährlich im Landtag diskutiert wird.

Für eine bessere interkulturelle und interreligiöse Zusammenarbeit soll ein Runder Tisch der Religionen als Experten- und Beratungsgremium des Landtags einberufen werden. Hierbei wird eine enge Zusammenarbeit mit Institutionen wie dem Dialog Forum Islam Hessen angestrebt.